



Newsletter 07/2009

Editorial.....	S. 1
Tagungsbericht „Die Erfindung der Deutschen“.....	S. 2
Landesweites Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW.....	S. 3
Neues aus der rechten Szene Kölns.....	S. 4
Fotoausstellungen.....	S. 5
UN-Sonderberichterstatter für Rassismus zu Besuch in Köln.....	S. 6
Förderverein der „Schüler gegen Rechts“ gegründet.....	S. 7
Wettbewerb Goldener Hammer	S. 8
Mitgliederversammlung des EL-DE-Haus-Vereins.....	S. 8
Veranstaltungen und Veröffentlichungen.....	S. 9
Impressum.....	S. 10

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



vor einigen Tagen haben die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die Amadeu Antonio Stiftung, das American Jewish Committee, das Anne Frank Zentrum, das Fritz Bauer Institut, der Verein Gegen Vergessen – Für

Demokratie e.V. und das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin eine Stellungnahme zur Resolution des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008 erarbeitet. Diese enthält Empfehlungen zu der anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberpogrome mit großer Mehrheit verabschiedeten Bundestagsresolution „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“. Eine Umsetzung der darin aufgestellten Forderungen steht noch aus.

In der Empfehlung der NGOs heißt es: „Wir erachten es für zwingend notwendig, die Geschichte des Antisemitismus über die Shoah [...] hinaus in den Blick zu nehmen.“ Gefordert werden u.a. pädagogische Maßnahmen „nicht nur in der Schule, sondern auch verstärkt in der sozialpädagogischen Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung.“ Es bestehe im pädagogischen Feld weiterhin hoher Fortbildungsbedarf.

Nicht zuletzt um diesen Bedarf zu decken, hat die Info- und Bildungsstelle zusammen mit der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bereits im letzten Jahr das Projekt „Antisemitismus als Problem der politischen Bildungsar-

beit“ initiiert. Unter gleichnamigen Titel ist daraus nun eine 68-seitige Broschüre entstanden, herausgegeben von Marcus Meier. Sie stellt die zweite Veröffentlichung in der Reihe „Materialien und Beiträge der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln“ dar. Die Veröffentlichung will Anregungen für die pädagogische Praxis geben. Sie richtet sich vor allem an Personen, die in der politischen Bildungsarbeit tätig sind, aber auch an andere Interessierte, die über das Problem des Antisemitismus genauer nach- Was ist Antisemitismus und welche Formen gibt es? Wie sehen moderne Formen der Judenfeindlichkeit im Vergleich zum historischen Antisemitismus aus? Wie können festgefahrene Einstellungen zu alten und neuen Vorurteilen pädagogisch so bearbeitet werden, dass Stereotype in Frage gestellt werden? In der Verbindung von inhaltlichen Schwerpunkttexten zu unterschiedlichen Facetten des Antisemitismus und Methoden aus der politischen Bildungsarbeit wird der Umgang mit diesem schwierigen Thema in den Mittelpunkt gerückt. Die Broschüre ist für Euro 3,- zzgl. Versandkosten über den Buchhandel oder über ibs@stadt-koeln.de zu erhalten. Über Interesse würde ich mich freuen.

Ich wünsche Ihnen – sofern der Urlaub noch vor Ihnen liegt – erholsame Ferien.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Die Erfindung der Deutschen. Rezeption der Varusschlacht und die Mystifizierung der Germanen

Ein Tagungsbericht

Fast neunzig Interessierte hatten sich am 3. Juli 2009 im Römisch-Germanischen Museum der Stadt Köln eingefunden, um unterschiedliche Aspekte der Rezeptionsgeschichte der Varusschlacht zu diskutieren. Nach der Begrüßung von Dr. Friederike Naumann-Steckner vom Römisch-Germanischen Museum leitete Hans-Peter Killguss von der Info- und Bildungsstelle in das Thema ein und erläuterte, warum das Thema ausgerechnet für eine Institution, die sich schwerpunktmäßig mit dem Rechtsextremismus befasst, von Interesse ist.

Der Althistoriker Prof. Dr. Reinhard Wolters, Leiter der Numismatischen Arbeitsstelle der Universität Tübingen informierte über die historischen Grundlagen, vor allem die Hauptprotagonisten Varus und Arminius und die politisch-militärische Situation im Römischen Reich unmittelbar vor und nach der Varusschlacht im Allgemeinen und der Germania im Besonderen. Wolters räumte mit verschiedenen falschen Vorstellungen auf. So hätten sich keinesfalls alle germanischen Stämme an der Schlacht beteiligt.

So vorbereitet und gestärkt durch ein Mittagessen teilten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf drei parallel stattfindende Arbeitsgruppen auf. In AG 1 legte Dirk Mellies dar, wie das Detmolder Hermannsdenkmal im völkisch-antisemitischen Milieu symbolhaft für die Abgrenzung nach außen (z.B. gegenüber den Franzosen) und die Integration nach innen (Einheit der Deutschen) stand. Aber auch liberale und freiheitliche Kräfte hätten die Symbolik besetzt.

Michael Fehrenschild knüpfte daran an und zog einen Bogen zur Germanenrezeption im Nationalsozialismus. Während das Germanische für das ideologische Fundament der SS nicht unbedeutend war, lehnte beispielsweise Hitler eine völkisch-esoterische Germanenmystik eher ab.

In AG 2 zeigte Tilmann Bendikowski anschaulich – unter Zuhilfenahme von Playmobilfiguren – wie Arminius bzw. Hermann aus verschiedenen Perspektiven zum Helden gemacht wurde. In der DDR sei dieser beispielsweise als revolutionären Überwinder der römischen Sklavenhaltergesellschaft glorifiziert worden.

Karl Banghard beschrieb ausführlich die Entwicklung der ideologiegesteuerten germanischen Living

History seit dem späten 19. Jahrhundert, ausgehend von Personen wie Guido List und dessen Plänen für einen „archäologischen Freilichtpark mit Living History“ in der römischen Stadt Carnuntum und ihrem germanischen Pendant Stillfried. Die anschließende Diskussion drehte sich unter anderem um adäquate Formen der Geschichtsvermittlung.



© D. Mellies

In AG 3 ging Alexander Häusler der Frage nach, welche Rolle der Hermannmythos zur völkischen Konstruktion nationaler Identität im Diskurs der extremen Rechten spielt und inwieweit sich Restbestände ähnlicher Deutungsmuster in der Mainstream-Presse finden lassen. Jan Raabe zeigte daran anknüpfend auf, wie innerhalb der rechten Szene rassistische Gewalt mit dem Bezug auf Hermann legitimiert wird.

In einer gemeinsamen Abschlussrunde stellte Michael Zelle die aktuelle Großausstellung „Imperium – Mythos – Konflikt“ und insbesondere den Ausstellungsteil „Mythos“ im Lippischen Landesmuseum vor. Er stellte die immense öffentliche Aufmerksamkeit als äußerst positiv heraus, legte aber auch Schwierigkeiten im Umgang mit Besuchern dar, die immer noch ein Bild vom blonden, kämpferischen Germanen hätten. Zudem betonte er das – durchaus legitime – ökonomische Interesse der Region an der Aufarbeitung und „Vermarktung“ der Varusschlacht. In der anschließenden Abschlussdiskussion der Tagung wurden auch Fragen und Anregungen aus den drei Arbeitsgruppen eingebracht und am Beispiel der Ausstellung 2009 besprochen.

Im Herbst 2009 wird ein Tagungsband erscheinen, der über die ibs erhältlich sein wird.

„mehr als Feuerwehrpolitik...“ Bislang einzigartiges Beratungsnetzwerk in Nordrhein-Westfalen gegründet

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen war der 10. Juni ein vielversprechendes Datum. An diesem Tag traf sich im Düsseldorfer Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration das Landesweite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus zu seiner konstituierenden Sitzung. Ins Leben gerufen wurde das Gremium von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, die mit der Umsetzung des beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelten Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ befasst ist, durch das die Arbeit der fünf regionalen Mobilien Beratungsteams in den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Detmold gefördert wird.

Die Breite des Spektrums der im Beratungsnetzwerk repräsentierten staatlichen, kommunalen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure ist in Nordrhein-Westfalen bislang einzigartig. Insgesamt nahmen an der ersten Sitzung Vertreter/innen aus über 40 Behörden, Institutionen, Verbänden und Initiativen teil. Ihre Bereitschaft in dem Netzwerk aktiv mitzuwirken bekundeten u.a. das Landesamt für Verfassungsschutz, der DGB-Landesverband NRW, die Evangelische Jugend von Westfalen, das Katholische Büro NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW, der Westdeutsche Fußball- und Leichtathletikverband, der Landesjugendring NRW, die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen sowie die fünf Bezirksregierungen.

Mit dabei sind ebenso einige Initiativen, die sich teilweise schon seit Jahren intensiv mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen beschäftigen und in der Auseinandersetzung mit diesen Problemfeldern über umfangreiche Erfahrungen verfügen. Zu nennen sind hier beispielsweise das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), aber auch der seit 1985 bestehende Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr). Das Landesweite Beratungsnetzwerk verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens besteht eine wichtige Funktion des Gremiums darin, die Vielzahl an Informationen, Zugängen und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremis-

mus zu bündeln und für aufeinander abgestimmte Handlungsstrategien auf Landesebene nutzbar zu machen. Zweitens kommt ihm die Aufgabe zu, die regionalen Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus fachlich zu begleiten. Für unsere künftige Arbeit und deren gesellschaftliche Akzeptanz, stellen die im Landesweiten Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus vereinten Kenntnisse und Erfahrungen somit eine wichtige Unterstützung dar.

Nicht zuletzt bildet das Netzwerk einen wichtigen Baustein für die Koordinierung und Verstärkung zahlreicher schon bestehender staatlicher, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Nicht nur der Blick auf die jüngsten Vorfälle in Dortmund am 1. Mai machen die nach wie vor bestehenden Bedarfe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus deutlich. So ist im Jahr 2008 nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz die Zahl der rechts motivierten Straftaten in Nordrhein-Westfalen um 11 Prozent auf 3349 Delikte gestiegen. Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund haben im vergangenen Jahr sogar um 25,7 Prozent (auf insgesamt 186 Delikte) zugenommen. Aber auch jenseits dieser beunruhigenden Befunde und spektakulären Ereignisse versuchen Rechtsextremisten verstärkt, sich mit ihren ausgrenzenden, nationalistischen und antidemokratischen Positionen im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Alltag zu verankern.

Bei der konstituierenden Sitzung des Landesweiten Beratungsnetzwerkes herrschte unter den Teilnehmer/innen daher weitgehende Übereinstimmung in der Feststellung, dass sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht auf kurzfristig angelegte „Feuerwehrpolitik“ beschränken darf, vielmehr sind nachhaltige und langfristig angelegte Strategien notwendig, um die unterschiedlichen Ansätze und Sichtweisen zu bündeln und miteinander zu vernetzen. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde am 10. Juni unternommen.

Wir bedanken uns bei der „Mobilien Beratung Regierungsbezirk Münster – Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“, die uns den Artikel freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Weitere Informationen:

www.mobim.info

„allgemeine und pauschale Diffamierung von Ausländern“ Beobachtung der pro-Bewegung durch den Verfassungsschutz rechtmäßig

Die rechtspopulistische Gruppierung „pro Köln“ darf vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet werden. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster bestätigte am 8. Juli 2009 ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf und wies einen Berufungsantrag von pro Köln ab. Die Richter verwiesen in ihrer Begründung unter anderem auf Äußerungen und Aktivitäten von pro-Köln-Funktionären sowie auf Beziehungen „zu anderen rechtsextremen Organisationen.“



Die Düsseldorfer Richter hätten aus dem vorliegenden Material korrekterweise geschlossen, dass „pro Köln“ im Verdacht einer gegen die Menschenwürde verstoßenden ausländerfeindlichen Ausrichtung und verfassungswidriger Bestrebungen stehe, erklärte das OVG Münster. Die Richter stellten zudem fest, dass Funktionäre von „pro Köln“ „fortgesetzt mit pauschalisierenden, plakativen Äußerungen“ Ausländer sowie Zuwanderer wegen ihrer Abstammung oder Religionszugehörigkeit ausgrenzten und als kriminell oder nicht integrierbar darstellten.

Die Münsteraner Richter nahmen auch Bezug auf die Äußerungen der rechtspopulistischen Organisation zur Homosexualität. Das Verwaltungsgericht in Düsseldorf habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die im Kölner Stadtrat vertretene Gruppierung die Lebensweise Homosexueller verunglimpfe und sie in ihrer Menschenwürde herabsetze, hieß es.

Pro Köln kündigte an, Revision einlegen zu wollen und vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu ziehen. Damit wolle man die „Stigmatisierung von pro Köln“ durch das Innenministerium beenden, sagte der pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht.
(epd/ddp)

Wieder aktiv Die Neonazi-Gruppe „Freie Kräfte Köln“

Seit einigen Wochen ist die neonazistische Gruppierung „Freie Kräfte Köln“ (FK Köln) wieder aktiv. Die vormals unter dem Namen „Freie Kameradschaft Köln“ agierende Organisation verteilt im Kölner Stadtgebiet rassistische Propaganda, die sich vor allem gegen Muslime richtet. Die FK Köln glorifizieren unverhohlen den Nationalsozialismus. So wird beispielsweise unter dem Motto „Für einen revolutionären Nationalen Sozialismus“ den SA-Führern Ernst Röhm und Gregor Strasser gehuldigt. Auch darüber hinaus verliert man deutliche Worte: Eine siegreiche Revolution, so erklären die



Kölner Neonazis, werde „die Herrschaft des alten Systems zerschlagen“ und „die Machthaber und Nutznießer des Regimes vertilgen“. Zudem werde man eine „Gesundheits- und Rassenpflege auf genetischer Basis betreiben“. Auf ihrer Internetseite berichten sie von ihren Aktivitäten, so von ihrem Besuch des „Rock für Deutschland“, an dem über 4.000 Neonazis teilnahmen.

Auf Tour

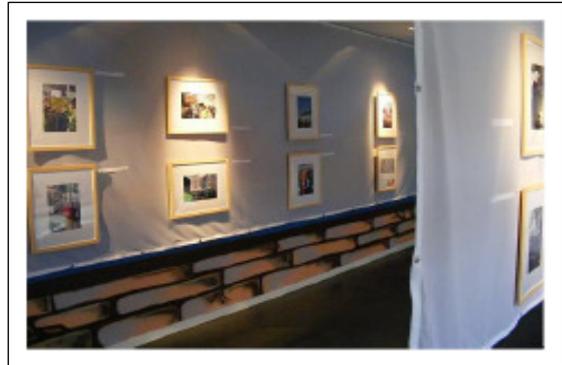
Fotoausstellung des DGB

Am 19./20. September 2008 wollte die pro-Bewegung einen Anti-Islamisierungskongress durchführen. Die Kölner Bürgerinnen und Bürger stellten sich mit ca. 40 000 Gegendemonstranten/innen quer. Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Taxifahrer/innen, Kneipen, Jugendverbände und die Kölner Wirtschaft positionierten sich gegen Gewalt und Rassismus.

Am 09. Mai 2009 folgte der zweite Anti-Islamisierungskongress am Barmer Block in Köln-Deutz.

Die Fotografien von Stephen Klein, Andrea Mährle und Max Grönert zeigen nicht nur den Protest gegen die beiden Großveranstaltungen, sondern auch gegen die rechtsextremen Kundgebungen an der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld. „Pro Köln“ führte dort, von November 2008 bis April 2009 regelmäßige „Mahnwachen“ durch.

Derzeit sind 30 Bilder mit den Maßen 40 x 50 cm pro Bilderrahmen in der Ausstellung zu sehen.



Die Fotoausstellung plus Zugehör kann bei der DGB-Jugend Köln kostenlos ausgeliehen werden.

Kontakt:
DGB-Jugend Köln
Stephan Otten
Tel.: 0221 50003211
stephan.otten@dgb.de

Von der Hand in den Mund

Fotografien von Karin Richert in der Galerie Heinz Bossert



Brot – Wort und Bild wecken viele Assoziationen. Das „tägliche Brot“ zu haben, bedeutet, essen und also leben zu können. Ohne Brot zu sein, heißt hungern, vielleicht verhungern zu müssen. Brot kann mit anderen geteilt werden und wird dann zum Symbol für Gemeinsamkeit, Zugehörigkeit. Hände – auch sie sind mit einer Vielzahl von Bedeutungen verbunden. Hände umfassen und Hände halten, Hände verletzen. Hände drücken Persönlichkeit aus, sie können aber auch verdecken und verbergen.

In ihrer 2004/05 in der Kölner Innenstadt entstandenen Photoserie verbindet Karin Richert beide Themen: Obdachlose, Menschen am Rand der

Gesellschaft, halten Brot in ihren Händen. Was zeigen ihre Hände? Was lassen sie vom Leben des Einzelnen erkennen? Was für Aspekte unserer Gesellschaft werden sichtbar?

Auch hier stellen sich Assoziationen ein. Das Symbolhafte und seine Verbindung zu einzelnen, konkreten Menschen rührt ein Geflecht von Gefühlen, Erfahrungen und Erinnerungen auf und bezieht den Betrachter in das Bild ein.

Wie der Großteil der Arbeiten Karin Richerts sind diese Photographien Dokumentationen einer Realität, jedoch Dokumentationen, die den Betrachtern Raum geben, die Bilder durch eigene Einordnungen in soziale oder persönliche Zusammenhänge zu erweitern. Karin Richert lenkt den Blick dabei auf Facetten unserer Umwelt, die oft unbeachtet bleiben, weil sie unbequem sind. Sie macht auf Situationen und Zusammenhänge aufmerksam, indem sie einen kurzen Moment festhält.

Die Ausstellung ist vom 18. Juli bis 14. August 2009 in der Galerie Heinz Bossert in der Gladbacher Straße 50 in 50672 Köln zu sehen.

UN-Sonderberichterstatter Muigai besuchte Köln Kölner Antirassismus- und Integrationsprojekte im Fokus

Am Mittwoch, 24. Juni 2009, hat sich der UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Professor Githu Muigai, in Köln aufgehalten. Er wollte sich vor Ort ein Bild von der Situation in Köln machen und sich über vorbildliche Projekte gegen Rassismus und für Integration informieren. Das Ziel seiner Reise durch Deutschland, bei der Köln eine Station bildete, formulierte der UN-Sonderberichterstatter so: „Ich bin hier, um hauptsächlich zu lernen und zuzuhören!“

Dazu führte er Gespräche mit Vertretern wichtiger Einrichtungen und Initiativen und ließ sich über Projekte berichten, die sich für Verständigung und Integration und gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. So besuchte er das NS-Dokumentationszentrum und die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) und nahm dort an einer Diskussion teil. Außerdem sprach Professor Muigai mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen in Köln sowie dem Integrationsrat. In weiteren Gesprächen war der Bau einer repräsentativen Moschee in Köln und die Debatte darum ein weiteres Thema. Darüber hinaus nahm der UN-Vertreter an der feierlichen Verleihung der Diplome für das Rucksack-Programm im Rathaus teil (weitere Infos zu dem Programm in Presseinformation 849 vom 19. Juni 2009).

Deutschland sei ein wichtiges Land in Europa und in Sachen Antirassismus schon weit, sagte der UN-Sonderberichterstatter und hob Köln als gutes Beispiel für vielfältige Integrationsbemühungen hervor.

Oberbürgermeister Fitz Schramma empfing Professor Githu Muigai im Rathaus und verwies auf die zahlreichen Initiativen und Projekte für ein besseres Miteinander in der Stadt. So sei die Stadt in diesem Jahr offiziell von einer Initiative der Bundesregierung als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet worden. Schramma nannte den von ihm einberufenen Rat der Religionen als ein weiteres Beispiel:

Hier begegnen sich rund 30 in Köln ansässige Religionsgemeinschaften zum Austausch. Köln hat außerdem ein 10-Punkte-Programm gegen Rassismus verabschiedet und als erste Stadt die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Ein Diversity-Konzept und ein Integrationskonzept werden gerade erar-

beitet. Das Interkulturelle Referat und der Antidiskriminierungsbeauftragte stärken seit vielen Jahren die Stadtverwaltung.

Integrationsdezernentin Marlis Bredehorst resümierte zum Besuch des UN-Sonderberichterstatters: „Wir haben eine sehr offene Diskussion geführt. Auch in Köln tritt Rassismus in Erscheinung, wir setzen dem aber auch Strategien entgegen. Die Vielfalt von rund 180 Nationen in unserer Stadt ist ein Reichtum, den wir nutzen müssen, kein Problem!“



Werner Jung zeigt Githu Muigai die Gedenkstätte im EL-DE-Haus. Photo: NS-Dokumentationszentrum

Der Kenianer Githu Muigai hat das Amt des Sonderberichterstatters im August 2008 übernommen. Er arbeitet als Richter und lehrt als Professor an der Universität von Nairobi. Er ist ein Experte für Internationales Recht, Verfassungsrecht und Menschenrechte und war Berater für verschiedene internationale Organisationen wie die Afrikanische Union, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Weltbank und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC).

Politisches Engagement kostet Geld Schüler gegen Rechts gründen Förderverein

Wir dokumentieren die Selbstdarstellung des Fördervereins der „Schüler gegen Rechts“:



Politisches und gesellschaftliches Engagement ist nicht nur personal- und zeitintensiv, sondern leider auch ziemlich teuer. Es müssen z.B. Plakate, Flugblätter und Broschüren designed und gedruckt, Internetseiten

erstellt und gepflegt, Kongresse und Schulungen organisiert und all das auch bezahlt werden. Während große Organisationen meist große Ressourcen in Form eines ansehnlichen Haushaltes, vieler Mitglieder, Spender und Unterstützer haben, sind SchülerInnen-Organisationen oft sehr schlecht ausgestattet und sind für die Organisation von ihrem persönlichen, ehrenamtlichen Engagement und zur Finanzierung ihrer Projekte weitgehend von Stiftungen abhängig. SchülerInnen als Interessengruppe betrachtet, haben keine (besonders finanzstarke) Lobby – und eine etwaige (finanzielle) Unterstützung von privater und staatlicher Seite oder von anderen Gruppen und Organisationen ist ebenso selten möglich wie oft mit politischem oder kommerziellem Eigennutz verbunden. Die fehlende Eigen- und damit nötige Fremdfinanzierung bietet die Gefahr der (finanziellen) Abhängigkeit. Die SchülerInnenvertretung soll aber die Interessen von SchülerInnen möglichst unabhängig vertreten, dies wollen wir fördern.

Im Fall der BSV- / SgR-Köln hat es sich in der Vergangenheit oft als sehr schwer erwiesen, selbst kleinste Beträge – etwa die Kosten für den Druck von hundert Flugblättern – zu erhalten. Manchmal können politische Bündnisse oder Stiftungen die Projekte finanzieren, manchmal wird Taschengeld zusammengekratzt, aber oft bleiben Projekte für Mitbestimmung, politische Bildung oder gegen Rassismus aus purer Geldnot liegen. Auch ist es der BezirksschülerInnenvertretung nicht möglich, Mitgliedsbeiträge oder gar Spenden zu erheben. Projekte müssen abgesehen von minimaler Förde-

rung durch das Land NRW immer fremdfinanziert werden.

Der Verein „Freunde und Förderer der BezirksschülerInnenvertretung-Köln und Schüler gegen Rechts Köln“ ist die Konsequenz aus der Notwendigkeit, eine unabhängige Instanz zu schaffen, die in der Lage ist, Gelder zu sammeln und zu verwalten, um gezielt Projekte der BSV-/SgR-Köln zu fördern. Möglichst unbürokratisch, transparent, sicher und möglichst „nah“ an den OrganisatorInnen der Projekte.

Wer hat diesen Verein gegründet?

Gegründet wurde der Verein von ehemaligen und aktiven Mitgliedern der BSV- und von SgR-Köln - also von Leuten, die selbst lange mit den genannten Finanzierungsproblemen zu kämpfen hatten oder noch zu kämpfen haben. Es ist uns wichtig, guten Kontakt zwischen den OrganisatorInnen der geförderten Projekte und dem Verein, der diese fördert, zu halten. So lässt sich die nötige Bürokratie stark reduzieren und es ist eine schnelle, flexible Förderung möglich. Denn was ist schlimmer für die Organisatoren, als wenn erst lange nach Abschluss eines Projektes klar wird, ob die Finanzierung überhaupt lückenlos steht?

Wie steht der Verein zur BSV / zu SgR?

Der Verein ist von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der beiden Organisationen gegründet worden, juristisch jedoch vollkommen eigenständig. Ein Engagement von aktiven SchülerInnen wird begrüßt, ist aber nicht notwendig.

Die BezirksschülerInnenvertretung Köln vertritt die Interessen aller SchülerInnen Kölns gegenüber Lehrern, Eltern, der Stadt, dem Land NRW und der Öffentlichkeit, sie ist damit das Partizipationsorgan der SchülerInnen Kölns. Schüler gegen Rechts (SgR) - Köln ist eine eigenständige Arbeitsgruppe der BSV-Köln und nimmt den besonderen Auftrag der Aufklärung über -und Bekämpfung von- Rassismus und Faschismus insbesondere im Schulalltag, aber auch im Allgemeinen, wahr. SgR-Köln ist die unabhängige Plattform für Jugendliche gegen Rassismus und Faschismus in Köln.

www.foerdereverein-sgr-koeln.de

Goldener Hammer

Jugendring NRW schreibt Wettbewerb für Respekt und Vielfalt aus



Mit dem Goldenen Hammer 2009 zeichnet der Landesjugendring NRW Menschen und Gruppen in Nordrhein-Westfalen aus, die sich mit guten Ideen und großem Elan für eine tolerante und von gegenseitigem Respekt getragene Gesellschaft engagieren, in der Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen keinen Platz haben.

Der „Goldene Hammer“ wird bereits seit über 20 Jahren verliehen und ist als Symbol für die Anerkennung kultureller Vielfalt und das Engagement gegen Rassismus bekannt. Mit dem Goldenen Hammer setzt der Landesjugendring NRW ein

deutliches Zeichen für Verständigung und gegenseitigen Respekt, für Menschenrechte und Toleranz und für kulturelle Neugier und Vielfalt.

Um den Preis bewerben können sich Institutionen, Jugendgruppen, Einrichtungen und Verbände aus Nordrhein-Westfalen, die sich mit Projekten oder mit ihrer kontinuierlichen Arbeit im o.g. Sinne engagieren. Besondere Berücksichtigung finden Bewerbungen, die das Engagement junger Menschen fördern. Vorschläge für Preisträger können von Beteiligten selbst oder von Dritten mit einer kurzen Begründung bis 21. August beim Landesjugendring eingereicht werden.

Aus allen eingesandten Bewerbungen wird eine Jury drei Preisträger auswählen. Als Anerkennung erhalten die Preisträger jeweils ein Preisgeld von 300,- Euro. Die Preisverleihung 2009, an der auch Jugendminister Armin Laschet teilnehmen wird, findet am 07. Oktober im Rahmen einer Festveranstaltung in Bochum statt.

Weitere Informationen:

www.goldener-hammer.de

Vorstand wiedergewählt

Jahresmitgliederversammlung des Vereins EL-DE-Haus

Die Wahl des Vorstandes stand bei der Mitgliederversammlung am 18. Mai 2009 an. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder erklärten sich zur Kandidatur bereit, und die Mitgliederversammlung stimmte der Wiederwahl einstimmig zu. Gewählt wurden Peter Liebermann, Vorsitzender, Fritz Bilz, stellv. Vorsitzender, Inge Ruthardt, KassiererIn, Siegfried Pfankuche-Klemenz, Schriftführer, und als BeisitzerInnen Malle Bensch-Humbach, Alex Groß, Reiner Hammelrath, Konrad Klesse, Hajo Leib, Martin Sölle und Claudia Wörmann-Adam.

Vor der Wahl berichtete der Vorsitzende Peter Liebermann über zahlreiche Aktivitäten des Vereins EL-DE-Haus. Er hob besonders das Engagement gegen den Anti-Islamisierungskongress von „pro Köln“ hervor und wies in diesem Zusammenhang auf die Mitarbeit im Beirat der „ibs“ (Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtstextremismus) hin. In den vergangenen zwei Jahren wurden die Projekte „Arisierung in Köln“ und „Opposition und Widerstand in Köln“ mitinitiiert und gefördert. Peter Liebermann dankte Lothar Pützstück für seine Ar-

beit zur „Arisierung“ in Köln und Ulrich Eumann für seine Arbeit bei der Erforschung von „Opposition und Widerstand in Köln“. Lothar Pützstück stellte seine Forschungsergebnisse zum Schluss der Mitgliederversammlung ausführlich vor.

Der alte und neue Vorsitzende ging auf die Aktivitäten der Projektgruppe Messelager ein und berichtete über die Mitgestaltung des Gedenktages „27. Januar“. Nach dem Jahresbericht des Vorstandes stellte Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums, die vielfältigen Aktivitäten seines Hauses dar. Er betonte die gute Zusammenarbeit mit dem EL-DE-Haus-Verein. Zu den wichtigsten Ereignissen gehört u.a die Neubesetzung wichtiger Stellen und der Erwerb weiterer Räumlichkeiten. In diesem Zusammenhang wies Direktor Jung auf die weiter gestiegenen Besucherzahlen hin. Siegfried Pfankuche-Klemenz

Quelle: EL-DE-Info Juni bis August 2009

Im Internet unter: www.nsdok.de unter Verein EL-DE-Haus e.V. / Newsletterarchiv

Demokratie ist POP

Fachtagung am 6.10.2009, 10-14 Uhr in der Gewaltakademie Villigst

„Demokratie ist POP“ ist ein Konzept politischer Bildungsarbeit für Schulen und Jugendeinrichtungen, das auf der Grundlage von Erfahrungen und Erkenntnissen praktischer Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen sowie wissenschaftlicher Forschungsarbeiten beruht. Ziel der Workshops ist, über Bildungsarbeit mit „Unterhaltungscharakter“ einerseits eine affektive Orientierung für demokratische Grundwerte und Lebenskonzepte zu initiieren und auszubauen sowie andererseits, menschenfeindliche Orientierungen in Frage zu stellen.

Cornelius Peltz stellt das Konzept „Demokratie ist POP“ vor und diskutiert es mit den teilnehmenden.

Anmeldung:
Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg
c/o Amt für Jugendarbeit EKvW, Haus Villigst
Iserlohner Str. 25
58239 Schwerte
Tel: 02304-755-190
Gudrun.Kirchhoff@afj-ekvw.de

Diskriminierungsfälle 2008

Publikation des AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt

Die umfassende Auswertung und Dokumentation der Beratungsarbeit gehört zu den essentiellen Aufgaben des AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (kurz ADB Köln/ÖgG). Bereits zum fünften Mal veröffentlicht das ADB Köln/ÖgG die statistische Auswertung der Diskriminierungsfälle, die es als Beschwerde- und Beratungsstelle bei ethnischer Diskriminierung jährlich aufnimmt, bearbeitet und dokumentiert. Die hier zugrunde gelegten Daten aus 2008 können selbstverständlich keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Diese Auswertungen liefern Aufschluss über das Ausmaß individueller, institutioneller und struktureller Diskriminierungsmechanismen, auf Basis derer wirksame und nachhaltige Interventionsstrategien und Handlungsansätze gegen Diskriminierung entwickelt werden können. Bei den abgeschlossenen und den in Bearbeitung befindlichen Diskriminierungsfällen zeigt sich ein breites Spektrum von eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen. Das Handlungsspektrum des ADB Köln/ÖgG erstreckte sich dabei von der emotionalen Unterstützung der ratsuchenden Person, telefonischen/schriftlichen Anfragen bei Beschuldigten über Klärungsgespräche im Beisein der Beraterin/des Beraters zwischen den Betroffenen und der diskriminierenden Person bzw. Institution bis hin zu Vermittlung an andere spezialisierte Beratungsstellen/Experten (z.B. psychotherapeutische Beratung).



Ein großer Teil der Personen, die die Antidiskriminierungsberatung des ADB Köln/ÖgG in Anspruch nahmen, strebten mit Hilfe des Büros und seiner parteilichen Unterstützung die Konfrontation mit der beschuldigten Person bzw. Partei auf gleicher Augenhöhe an. Für die Betroffenen war es wichtig, dass die Gegenseite ernsthaft mit ihrer Vorgehensweise und den damit verbundenen Auswirkungen auf die diskriminierte Person konfrontiert wurde.

In einigen Fällen konnte die Diskriminierungsbeschwerde auf konstruktive Art und zur Zufriedenheit der betroffenen Person gelöst, in anderen Fällen trotz Klärungsgespräche mit der jeweiligen Gegenseite keine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Vor allem in Fällen, in denen sich Beschuldigte einem Klärungsgespräch gegenüber offen zeigten und damit signalisierten, dass sie die Beschwerde der betroffenen Person ernst nehmen, konnten Bemühungen, dem Vorfall auf den Grund zu gehen, beobachtet werden. Nicht selten erfahren die Betroffenen dadurch ernst gemeinte Entschuldigungen und/oder „Wiedergutmachungen“. Die explorative Studie „Psychosoziale Folgen von Diskriminierungserfahrungen und deren Auswirkungen auf die Lebenssituation Betroffener“ sowie die „Expertise über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in der Beratungspraxis des ADB Köln/ÖGG“ bilden zwei weitere Schwerpunkte der diesjährigen Ausgabe.

Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 3,50 € über die Geschäftsstelle des Trägervereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“ bezogen werden.

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/
Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
Keupstr. 93
51063 Köln
Tel.: 0221 510 18 47
Fax: 0221 952 11 26
info@oegg.de

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 02 21 - 2 21 26332
Fax: 02 21 - 2 21 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs